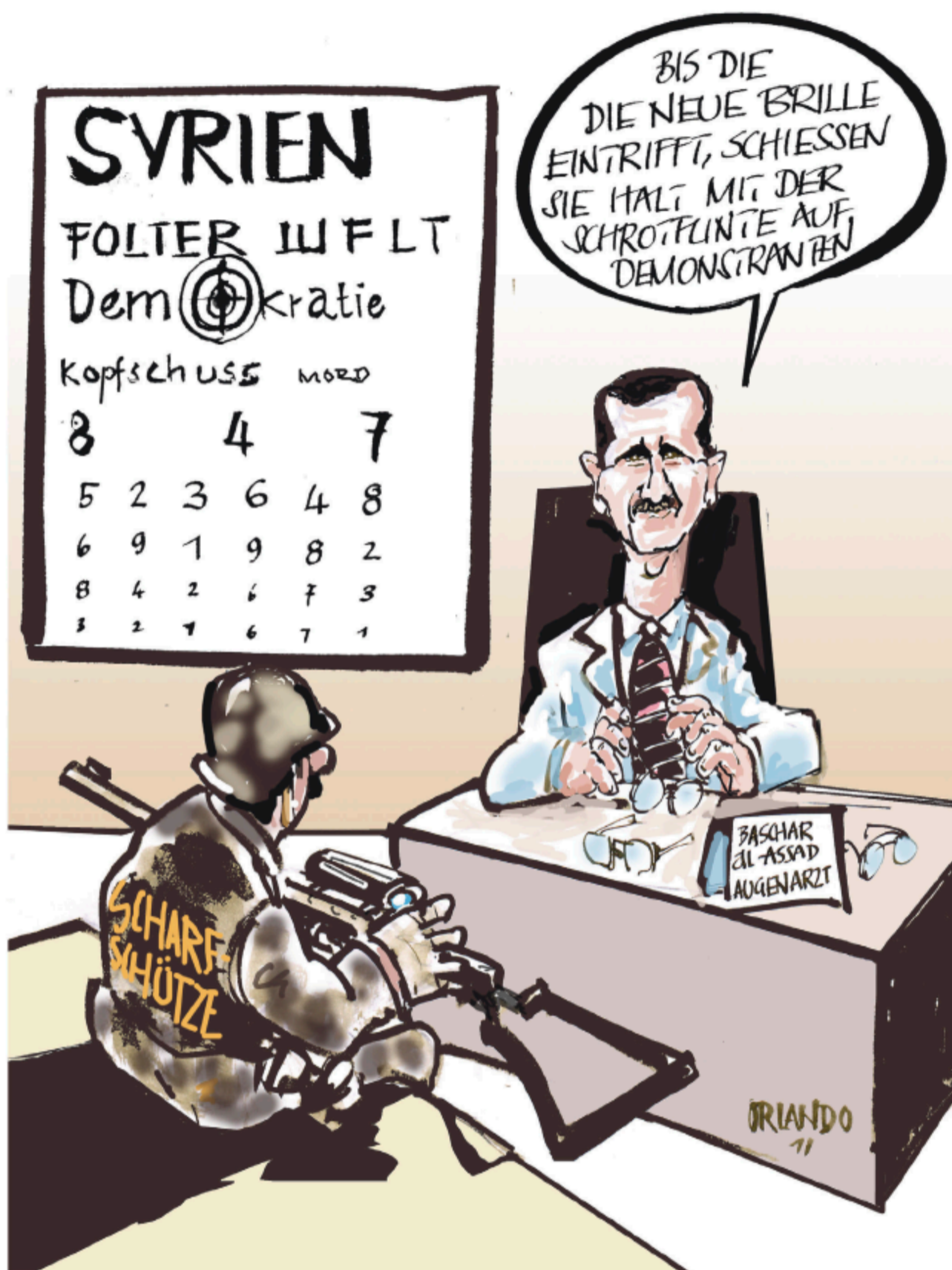


Meinungen

Orlando



orlando.derbund.ch

Perspektiven Artur K. Vogel

Gurkensalat



In den 1980er-Jahren waren es linke Chaoten, welche die staatlichen Institutionen zu zerstören versuchten: «Macht aus dem Staat Gurkensalat!» Heute sind die Demontage des Staates und die Verleumdung

seiner Institutionen zum Kerngeschäft der institutionellen Rechten geworden.

Zu diesem Schluss muss kommen, wer sich durch die Webseiten der Schweizerischen Volkspartei quält. Dort wird einem ein düsteres Bild vorgehalten:

- Das Parlament verlutert: Es geht «verantwortungslos (...) währungs- und finanzpolitische Risiken» ein und betreibt einen «liederlichen Umgang mit Steuergeldern und Volksvermögen».

- Der Ständerat ist «europhil und heimatmüde». Früher habe die kleine Kammer «Fehlentscheide des Nationalrates in bürgerliche Richtung korrigiert», heute lehne der Ständerat beispielsweise alle Versuche ab, «das Strafrecht zu verschärfen und die Einwanderung einzudämmen». Gleichzeitig beantragte er, «die Armee zur Piratenbekämpfung ans Horn von Afrika zu schicken und illegal Anwesende mehr und mehr zu legalisieren».

- Freisinnige und Christdemokraten sind «Totengräber der schweizerischen Landwirtschaft», weil sie keine neue Milchkontingentierung wollen.
- Die Revolutionen in Nordafrika und in arabischen Ländern sind bedrohlich, weil sie neue Migrantenströme erzeugen.
- Und während die Schweiz untergeht, werden die Schweizer «von Steuern und Abgaben erdrückt».

Wer das Privileg hat, ein paar Wochen im Ausland verbringen zu können, reibt sich nach der Rückkehr die Augen ob dieses penetranen Krisenredes. Es ist ein Gejammer auf höchstem Niveau: Kaum einem andern Land geht es besser als der Schweiz.

Natürlich ist die Schweiz kein Paradies. Aus diesem sind, und das ist einige Jährchen her, schon Adam und Eva vertrieben worden. Und es stimmt, dass einige Grundpfeiler der schweizerischen Gesellschaft erschüttert sind – aber dabei hat die SVP freudig mitgewirkt: Die Landesregierung, die seit 1848 meist eine lösungsorientierte Politik betrieben hat, funktioniert als Gremium nur noch mangelhaft. An die Stelle der Kollegialität ist Rivalität

getreten; statt «alle gemeinsam» gilt heute «jeder gegen jede».

Die Politik als Gesamtheit jener, die sich im Staatswesen engagieren, ist in Misskredit gebracht worden – von Politikern selber, die aus Profilierungssucht und Machtstreben alle andern als «Classe politique» verächtlich machen. An die Stelle der harten Auseinandersetzung ist der Krawall zum Grundprinzip der Ausmarchung geworden.

Gerichte geraten unter politischen Druck – nicht im gleichen Mass wie in Italien, aber wir müssen uns ja nicht gleich mit der berlusconischen Semi-Demokratie vergleichen. Statt ihre Unabhängigkeit zu akzeptieren, stellen Politiker und Behörden Gerichtsurteile infrage oder brüsten sich damit – wie unlängst der Chef der Finanzaufsicht –, sie würden diese notfalls missachten.

Zudem konstatiert man, dass der Finanzplatz bisher gesetzgeberisch nicht aufgeräumt worden ist und jederzeit dieselben katastrophalen Fehler wieder produzieren könnte, die überhaupt zur Krise geführt haben. Denn Grossbanken, allen voran die UBS-Spitze, legen schon wieder die alte Arroganz an den Tag, werfen dem Staat, im Einklang mit der SVP, eine untaugliche Wirtschaftspolitik vor und verlangen, in Ruhe ihre Geschäfte machen zu können. Vergessen ist, dass es derselben UBS beinahe gelungen wäre, die Schweiz wirtschaftlich zu versenken, und dass sie nur dank massiver Hilfe des verachteten Staates wieder auf die Beine kam. Schon sind die alten Superboni samt den falschen Anreizen, die sie vermitteln, wieder da.

Wir haben in diesem Jahr die Möglichkeit, Weichen zu stellen und konstruktive statt destruktive Leute in die Parlamente zu wählen, welche den Staat nicht demontieren, sondern stärken wollen, ohne ihn allmächtig werden zu lassen. Dazu ist es nützlich, sich die Prinzipien vor Augen zu halten, wie sie die Bundesverfassung formuliert:

1. Der Staat schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.
 2. Der Staat fördert die Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.
 3. Der Staat sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern.
 4. Der Staat setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.
- Es wäre so einfach.

Tribüne Die 67 Berner Kulturveranstalter unterstützen die Kulturverträge. *Christian Pauli*

Fünf Mal Ja zur Berner Kultur

Man kann sich fragen, ob es überhaupt nötig und sinnvoll ist, auf die kulturpolitischen Vorstellungen von SVP und Konsorten einzugehen. «Kultur ist, was rentiert», sagt die grösste Partei dieses Landes. Das ist keine ernst zu nehmende Kulturpolitik, dafür ist die Strategie dahinter umso durchsichtiger: Die SVP will auch in der Kulturpolitik mit populistischen Reflexen punkten. Man könnte sich sagen, uns kann das ja egal sein, schliesslich kommt die SVP in

Christian Pauli

ist Präsident von Bekult, dem Verband der Berner Kulturveranstalter und Co-Leiter der Dampfzentrale Bern. Der 47-Jährige lebt in Bern und ist Vater von vier Kindern.



der Stadt Bern auf einen Wähleranteil von nur gut zehn Prozent. Also lassen wir die Stadtbürger SVP und ihre Mitfahrer mit ihrer Argumentation zufrieden.

Die noble Distanz in dieser Sache ist jedoch keine gute Strategie. Der Stadtrat hat einen Vorstoss von Rockerboss Jimmy Hofer überwiesen, wonach über die fünf Subventionsverträge 2012-15 von Konzert Theater Bern, Kunstmuseum Bern, Zentrum Paul Klee, Dampfzentrale und Historischem Museum Bern einzeln abzustimmen sei. Mit diesem vermeintlich demokratischen Verfahren hat der

Stadtrat massiv daneben gegriffen.

Kulturförderung folgt nicht dem Lustprinzip und wird nicht von persönlichen Vorlieben und singulären Erlebnissen geleitet. Kulturpolitik in einer Demokratie meint Förderung und Unterstützung des ganzen kulturellen Lebens und des gesamten künstlerischen Ausdrucks – insbesondere jedoch dort – aber nicht nur –, wo die Kultur im freien Markt keine Chance hat. Kulturförderung heisst Freiräume schaffen und erhalten, in denen sich das kreative Potenzial einer Gesellschaft artikulieren kann. Kultur ist das Gegenteil von Rating. Kultur heisst, auch dem Kleinen und Schwierigen eine Chance zu geben.

Hier ist die Berner Kulturszene weiter als die Politik. Im Verein Bekult sind 67 Berner Kulturveranstalter zusammengeschlossen: vom Alpinen Museum über die Camerata Bern und das Theater an der Effingerstrasse, vom Gurtenfestival, der Hochschule der Künste, dem ISC Club, dem Konservatorium Bern, dem Wasserwerk Club bis zum Zentrum Paul Klee – um eine zufällige Auswahl zu nennen. 67 Mitglieder mit verschiedensten Interessen, Profilen und unterschiedlichem Publikum: die grossen Dampfer und die kleinen Off-Räume, die rein privatwirtschaftlich organisierten Kulturorte und die grossen Subventionsnehmer, die avantgardistischen Nischenanbieter und die sogenannten Kommer-

ziellen. Dieser Zusammenschluss ist das Resultat einer simplen Idee: Jedem Veranstalter geht es besser, wenn es allen gut geht. Unsere Arbeit, unser Angebot, unser Ort wird besser, wenn wir uns vernetzen, wenn wir uns kulturpolitisch einmischen, den Austausch über vermeintliche Gräben hinweg suchen und so gesamthaft das kulturelle Leben dieser Stadt bereichern.

Bern ist keine Kulturhauptstadt

Bern hat im Vergleich mit anderen Städten ähnlicher Grösse ein enorm reiches und breit gefächertes Kulturangebot. Echos aus dem In- und Ausland bestätigen das immer wieder aufs Neue. Aber die ganz grossen Sprünge sind nicht möglich. Die Stadt Bern gibt rund 33 Millionen Franken für Kultur aus – das sind gemessen an den Steuereinnahmen von 2009 knapp 9 Prozent. Lausanne wendet 45 Millionen, Luzern 40 Millionen auf. Der Vergleich mit Zürich oder Genf macht schon gar keinen Sinn. So gesehen ist Bern keine «Kulturhauptstadt». Es fehlt nicht nur an wirtschaftlichem Potenzial, sondern auch an gesellschaftlichem und politischem Rückhalt. Zürich hauiert erfolgreich mit dem Standortvorteil seiner boomenden Kreativwirtschaft; in Bern gibt es nicht eine einzige Stelle für öffentliches Kulturmarketing.

Trotzdem oder gerade deswegen hat Bekult eine Vision: Wir Veranstalter

rücken zusammen und suchen überraschende Verbindungen. Vernetzung ist das Zauberwort, Bern das ideale Pflaster dafür: Man kennt sich persönlich, auch wenn man in ganz anderen Domänen arbeitet. Berns Kulturvielfalt birgt grosses Potenzial – gerade weil Bern eine kleine Stadt ist: Small is beautiful.

Am 15. Mai stimmen die Berner Bürgerinnen und Bürger über die städtischen Beiträge an die fünf grössten Kulturveranstalter für die Jahre 2012-15 ab. Es geht um jährlich 22,5 Millionen, die an die Institutionen Konzert Theater Bern, Kunstmuseum Bern, Zentrum Paul Klee, Dampfzentrale und Historisches Museum gehen, damit sie einen spezifischen kulturellen Auftrag umsetzen. Damit können die Stimmbürger über den Löwenanteil der insgesamt knapp 33 Millionen Franken befinden, welche sich diese Stadt jährlich die Kultur kosten lässt.

Die 67 in Bekult zusammengeschlossenen Kulturveranstalter sagen «5xJA» zu den fünf grössten Berner Kulturveranstaltern. Machen Sie mit beim Aufbruch der Berner Kulturszene und stimmen auch Sie fünf Mal Ja! Bekult sagt aber auch: Die vielen kleinen und kleinsten Kulturveranstalter, die kleine und kleinste Beiträge von der öffentlichen Hand erhalten, sollen auch in Zukunft unterstützt werden. Bekult sagt darum auch entschieden Nein zu Kürzungen bei der freien Förderung.

Der Bund

Verleger: Charles von Graffenried

Gesamtauflage BZ (inkl. «Bund»):

181 705 WEMF/SW-beglaubigt

Redaktion: Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12

Verlag: Der Bund, c/o Espace Media AG,

Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86

Redaktionsleitung:

Chefredaktor: Artur K. Vogel (akv)

Stellvertretender Chefredaktor: Patrick Feuz (paf)

Chef vom Dienst: Beat Stähli (sbb)

Lokale Ressorts: Bernhard Ott (bob)

Website: www.derbund.ch

E-Mail: redaktion@derbund.ch

Leitung Espace Media: Ueli Eckstein

Inserate: Berner Zeitung, Dammweg 9,

Postfach, 3001 Bern

Telefonische Anzeigenannahme:

Tel. 031 330 33 10, Telex 912 160, Fax 031 330 35 71

E-Mail: inserate@espacemedia.ch

ISDN-Nr. 031 348 02 40 (2-Kanal)

Technischer Kundendienst: Anzeigen

Tel. 031 330 35 61. Für Todesanzeigen

ausserhalb der Bürozeit: Fax 031 330 35 71.

Anzeigenannahme auch bei allen Publicitas-

Filialen Schweiz: Publicitas Bern.

Tel. 031 384 13 84, Fax 031 384 14 91

Abonnementspreise: 24 Monate Fr. 746.–,

12 Monate Fr. 414.–, 6 Monate Fr. 223.50,

3 Monate Fr. 120.–, 40% Studenten- und Ausbildungs-

rabatt. Bitte Ausweis mitschicken.

Die Preise verstehen sich inkl. 2,5% MWST.

Einzelnummer Fr. 3.50 (Mo-Fr) / Fr. 4.– (Sa).

Abonnemente: Tel. 0844 385 144 (Lokalтарif),

Fax 0844 031 031 (Lokalтарif),

E-Mail: abo@derbund.ch

Ombudsmann: Ignaz Staub, Postfach 837, 6330 Cham 1;

E-Mail: ombudsmann.tamedia@bluwin.ch.

Copyright-Regelung: Vergleiche grosses

Impressum in der Montag-Ausgabe.